

Moritz Zeiler

Staatsfragen

Die materialistische Staatskritik zwischen der Renaissance klassischer Theorien und aktuellen Herausforderungen

*„Die Welt durch den Staat zu verändern: Dieses Paradigma hat das revolutionäre Denken seit mehr als einem Jahrhundert dominiert. (...) Mehr als hundert Jahre lang wurde die revolutionäre Begeisterung junger Menschen dahin gelenkt, eine Partei zu gründen oder zu lernen mit Waffen umzugehen. Über hundert Jahre wurden die Träume derer, die eine menschliche Welt wollten, bürokratisiert und militarisiert, all dies nur zur Übernahme der Staatsmacht durch eine Regierung, die anschließend des „Verrats“ an der Bewegung, die sie dahin gebracht hatte, bezichtigt werden konnte.“
(John Holloway)¹*

I. Die Staatsfrage stellen oder den Staat in Frage stellen?

Dem Staat begegnen wir in den unterschiedlichsten Gestalten: in Rathäusern und Ministerien, in Schulen und Ämtern, aber auch in Form von überwiesenen Renten oder Bußgeldern, Nationalflaggen und Hymnen, Militärparaden und Passkontrollen. In den kapitalistischen Zentren gewähren Staaten ihren Staatsbürger_innen (noch) Renten und Versicherungen, damit auch all jene, an deren Arbeitskraft kein Interesse besteht, zwar zuwenig für ein anständiges Leben, aber auch zuviel zum sterben haben und nicht auf die Idee kommen, gegen die kapitalistischen Verhältnisse zu rebellieren. Auch in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems ist der Staat von Bedeutung: er hat zwar mangels bedeutender Steuereinnahmen weniger zu verteilen als in den hochindustrialisierten Zentren, dafür bietet aber die staatliche Bürokratie die Chance auf Anstellung und Einkommen, welches sich bei Gelegenheit durch Korruption, Beteiligung an Schmuggel von Bodenschätzen, Drogen und Waffen noch aufbessern lässt. Diejenigen, die keine Arbeit auf dem einheimischen Markt oder bei den staatlichen Behörden finden, sind gezwungen, sich dorthin aufzumachen, wo sie sich noch eine Chance erhoffen, ihre Arbeitskraft profitabel verkaufen zu können. Ihrer Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa oder Nordamerika stehen meist fehlende Arbeitserlaubnisse, Reisevisa und militärisch abgesicherte staatliche Grenzen im Weg. Auch die Parteien und Bewegungen der Linken in all ihren diversen Facetten agieren mit ihren Praktiken im Kontext des Staates.

Einerseits kritisieren sie dessen Ausschlussmechanismen² und fordern Rechte, Repräsentation und Teilhabe an materiellen und immateriellen Ressourcen (wie Bildung)³. Andererseits ist linke und linksradikale Praxis immer auch mit einem

1 Holloway (2002), S.21-23.

2 Ein Beispiel für strukturellen Ausschluss ist das restriktive deutsche Staatsbürger_innenrecht, welches Menschen aufgrund ihrer Herkunft und fehlenden Papieren staatliche Leistungen wie Renten und Versicherungen oder den Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen verwehrt und nur wenigen Migrant_innen Pässe gewährt - und das auch nur nach langen Fristen und einem strengen Einbürgerungsverfahren.

3 Bereits amerikanische Revolutionäre formulierten im 18. Jahrhundert die Forderung „no taxation without representation“. Konkrete Beispiele für den etatistischen Charakter vieler sozialer Bewegungen wären die antirassistische Forderung nach gleichen Rechten von Migrant_innen oder die Kampagnen für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Beide Forderungen setzen den Staat als allgemeinen Souverän voraus, welcher Rechte bzw. materielle Zuwendungen für seine Bürger_innen garantiert.

breiten Repertoire an staatlichen Reaktionen konfrontiert, das beginnend von Befriedung über ihre Integration ins parlamentarische Spektakel mittels Parteien und Vereinen bis hin zu Repression und Verbot reicht. Das etatistische Paradigma vom Staat als Terrain von Kämpfen und Adressat von Appellen teilen implizit wie explizit die meisten Strömungen der Linken. Aber auch autonome Bewegungen, die weder den Staat reformieren noch übernehmen möchten und auch keine Forderungen an seine Institutionen stellen, sind dennoch mit dem Staat konfrontiert: beispielsweise durch die Übernahme einer antifaschistischen Kritik an neonazistischen Strukturen durch die rotgrüne Regierungskoalition und ihrem proklamierten „Aufstand der Anständigen“ oder durch die Reglementierung und Repression gegenüber autonomer Praxis wie Demonstrationen oder Besetzungen durch staatliche Behörden und Polizei. Die Interpretationen des Staates variieren in der Linken von Idealisierung bis Dämonisierung, die Perspektiven linker Praxis reichen von der Übernahme des Staates bis zu seiner Abschaffung.

Historisch waren in den staatskritischen Diskussionen vor allem drei Tendenzen bedeutend, die auch heute noch Alltagsbewusstsein und -jargon der Linken prägen⁴:

Als erste Variante ist ein instrumenteller Staatsbegriff zu nennen, der den Staat als Werkzeug der Herrschenden versteht, die damit ihre partikularen Interessen durchsetzen.⁵ Während revolutionäre Bewegungen sich dieses Herrschaftsinstrument durch eine militante Konfrontation mit dem Staat und seinen Apparaten mit der Perspektive seiner militärischen Eroberung nach dem Vorbild der Russischen Revolution aneignen wollten, um es anschließend durch die Ersetzung des Herrschaftspersonals emanzipatorisch zu nutzen, favorisierte die Sozialdemokratie eine reformistische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ihre Akzeptanz und Beteiligung in staatlichen Institutionen und parlamentarischen Vermittlungslogiken wie der Teilnahme an Wahlen. Die populärste Variante des instrumentellen Staatsbegriffs vertrat wohl Lenin in seiner Schrift *Staat und Revolution*, in der er den Staat als „Werkzeug der herrschenden Klasse“ zur Manipulation und Repression der beherrschten Klassen definierte. Die personalisierte Interpretation von der Herrschaft einer kleinen bürgerlichen Klasse über die proletarischen Massen mittels Zwang und Manipulation hatte im zaristischen Russland eine gewisse historische Plausibilität, was beispielsweise Korruption oder eine direkte staatliche Intervention im Sinne verschiedener Kapitalfraktionen angeht. Eine Analyse des bürgerlichen Staates „in seinem idealen Durchschnitt“ entsprechend zu der

4 Nach Gerstenberger (2007) existieren „in der Geschichte kapitalismuskritischer Theorieproduktion vier große Stränge der Auseinandersetzung mit dem Staat.“ (Gerstenberger 2007, S. 173). Im einzelnen drehen sich diese Stränge um folgende Fragen: Staat im ...? / Kapitalistischer Staat als bürgerlicher Staat? / Vom „bürgerlichen Staat“ zur „Verdichtung“ gesellschaftlicher Verhältnisse? / Kapitalismus und kapitalistische Staaten bzw. die historische Transformation kapitalistischer Geopolitik. Die ersten drei Stränge korrespondieren mit den hier vorgestellten Tendenzen materialistischer Staatskritik, die sich in unterschiedlicher Intensität im linken Alltagsbewusstsein und -jargon niederschlagen. Auch die in den 1970er Jahren vor allem in akademischen Kreisen geführte Ableitungsdebatte hat ein Echo in linksradikalen Gruppen und Bewegungen gefunden, wie beispielsweise aktuell die Broschüre des ...ums Ganze! Bündnisses „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“ (...ums Ganze! 2009) illustriert. Die wichtigen Impulse der Theorieproduktion zur historischen Dynamik kapitalistischer Geopolitik haben eine solche Resonanz in kapitalismuskritischen Bewegungen hingegen leider kaum erfahren. Diese kritischen Anregungen für materialistische Staatskritik werden in diesem Aufsatz nicht weiter diskutiert, einige ihre zentralen Thesen werden aber in den Beiträgen von Heide Gerstenberger in dieser Textsammlung vorgestellt.

5 Vgl. dazu Gerstenberger (2007), S. 173: „Rückblickend können wir die theoretischen Mängel einer derartigen Konzeption konstatieren, im Erfahrungshorizont der frühen Arbeiterbewegung musste sie als eine den realen Verhältnissen angemessene Theorie erscheinen. Denn auch nach dem Ende des Ancien Régime trat „Staat“ Arbeitern und Arbeiterinnen, Gesellen, Mägden und Knechten als „Staat der Bürger“ entgegen. Ungleiches Wahlrecht für Männer, völliger Ausschluss von Frauen aus dem „body politic“, Klassenjustiz, Kriminalisierung von Armen, Verbot von Gewerkschaften sowie Einsatz von Militär und Strafjustiz gegen Streikende, dies alles machte deutlich, wer das Sagen hatte und über die Machtmittel verfügte, die bestehende Vorherrschaft abzusichern.“

Marxschen Kritik der politischen Ökonomie „in ihrem idealen Durchschnitt“ liefert die Leninsche Staatstheorie aber weniger.

„Mit der „instrumentellen“ Staatsauffassung ist ein grundsätzliches Problem verbunden: Sie unterschlägt die qualitative Differenz von vorbürgerlichen und bürgerlichen Gesellschaftsverhältnissen und betont allein die Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen. Worauf es aber für eine Analyse des Staates ankommt, ist die spezifische Form, in der sich diese Klassen aufeinander beziehen und ihr Klassenverhältnis reproduzieren.“⁶

Die Formanalyse des Staates als eine weitere bedeutende Tendenz materialistischer Staatskritik hingegen fragt eben genau die spezifische Form von Herrschaft in kapitalistischen Gesellschaften. Ausgehend von seiner Lektüre der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie versucht der sowjetische Rechtstheoretiker Eugen Paschukanis in den 1920ern die historischen Spezifika von Recht und Staat zu analysieren.

„Ähnlich wie der Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft die Form einer ungeheuren Anhäufung von Waren annimmt, stellt sich die ganze Gesellschaft als eine unendliche Kette von Rechtsverhältnissen dar.“⁷

Ausgehend von dieser Analogie versucht Paschukanis nun die Rechtsform und die Staatsform aus der Warenform abzuleiten. Ebenso wie Marx mit seiner Kritik der politischen Ökonomie keine alternative Interpretation zu bisherigen liberalen Theorien formuliert, sondern die zentralen Kategorien wie Ware, Wert, Arbeit und Kapital analysieren und kritisieren will, so entwirft Paschukanis keine Definition eines alternativen, sozialistischen Rechts gegenüber bürgerlichen Rechtstheorien. In Kontrast zu den klassenreduktionistischen Staatstheorien von Engels und Lenin sucht Paschukanis eine Antwort auf die Frage nach der abstrakten, subjektlosen Herrschaft des bürgerlichen Staates:

„... warum bleibt die Klassenherrschaft nicht das, was sie ist, das heißt die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter die andere? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlichen Herrschaft an, oder – was dasselbe ist – warum wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?“⁸

Nach Paschukanis transformiert die gesellschaftliche Vermittlung über das Kapitalverhältnis die bisherigen personalen Abhängigkeitsverhältnisse des Feudalismus in unpersönliche, strukturelle Zwangsverhältnisse. Die doppelte Freiheit der Menschen – frei von persönlichen Abhängigkeiten und Zwängen, aber auch frei von Grund und Boden – zwingt sie dazu, ihre Reproduktion statt wie bislang durch Subsistenz nun durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu sichern. Indem sich die Menschen durch den Austausch von Waren aufeinander beziehen, bedarf es ihrer gegenseitigen Anerkennung als freie und gleiche Warenproduzent_innen und Privateigentümer_innen. Das Recht garantiert den einzelnen Individuen ihre gegenseitige Anerkennung als Privateigentümer_innen und den Schutz ihres Eigentums. Diese formelle rechtliche Gleichheit impliziert aber zugleich die Anerkennung materieller Ungleichheit in der kapitalistischen Klassengesellschaft. Als allgemeiner Souverän garantiert der Staat mittels seines Gewaltmonopols das Recht seiner Staatsbürger_innen ebenso wie das Eigentum an Produktionsmitteln. In seiner

6 Heinrich (2004), S. 197.

7 Paschukanis (2003), S.84.

8 Paschukanis (2003), S. 139.

Funktion als „Staat des Kapitals“ (Agnoli) dient er der Garantie der Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse im allgemeinen (was in konkreten Fällen auch den Interessen einzelner Kapitalist_innen und Kapitalfraktionen widersprechen kann) und ist kein bloßes Instrument weniger mächtiger Monopolherrn. In den den 1970er Jahren erfahren die rechtstheoretischen Überlegungen von Paschukanis in der westdeutschen Staatsableitungsdebatte als Teil einer neuen Marx-Lektüre ein comeback.

Die dritte relevante staatskritische Tendenz markieren die Hegemonietheorien des Staates, die vor allem auf Überlegungen von Antonio Gramsci und später Nicos Poulantzas basieren. Unter Hegemonie versteht Gramsci die Fähigkeit der herrschenden Klassen, ihre Herrschaft gegenüber den beherrschten subalternen Klassen zu legitimieren. Die Durchsetzung und Universalisierung der Interessen der herrschenden Klassen durch einen „aktiven Konsens der Regierten“⁹ benötigt neben repressiven Elementen immer auch konkreter materieller Zugeständnisse. Der entwickelte bürgerliche Staat definiert sich so für Gramsci als „Hegemonie, gepanzert mit Zwang“. Nicos Poulantzas greift diese hegemonietheoretischen Überlegungen auf und entwickelt sie in seinem Werk Staatstheorie zu der These weiter von der „materiellen Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt.“¹⁰

II. Aktuelle Herausforderungen materialistischer Staatskritik

„Der Staat ist ein Palast, in den man hineintritt, der aber keinen Hinterausgang hat. Man kann in diesem Palast höchstens nach oben kommen. Man kann sich in die Institutionen hineinbegeben, aber dann bleibt man drin. Viele fühlen sich dabei glücklich. Das ist die Faszination der gesellschaftlichen, der bürgerlichen Machtverhältnisse. Eine Faszination allerdings, unter der wir im Grunde alle leiden.“ (Johannes Agnoli)

Auseinandersetzungen um materialistische Staatstheorien genießen aktuell trotz einer gewissen Renaissance¹¹ nicht das Interesse, das sie in früheren Zeiten erfahren haben - wie beispielsweise die sehr intensiv geführte und rezipierte westdeutsche Staatsableitungsdebatte in den 1970er Jahren. Ebenso wie die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie weder an den Universitäten noch innerhalb von sozialen Bewegungen und linken Parteien kaum mehr zum obligatorischen theoretischen Repertoire gehört, so wird auch die materialistische Staatskritik in ihren verschiedenen Facetten meist nur in kleinen Kreisen im Stile eines „Untergrundmarxismus“¹² rekonstruiert. Referenzen auf die Texte von Paschukanis und der Staatsableitungsdebatte finden sich vor allem im Rahmen einer Aneignung und Rekonstruktion der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie durch die Neue Marx-Lektüre¹³. Dabei liegt der Fokus auf der abstrakten Analyse der Form des Staates und weniger auf seinen Transformationen und aktuellen Formationen, die mit den Begriffen Postfordismus, Neoliberalismus und Globalisierung beschrieben werden. Interventionen in soziale Kämpfe und Bewegungen werden in der Tradition des Pessimismus der Kritischen Theorie hingegen eher selten thematisiert oder skeptisch beurteilt.

Während die Diskussionen um eine neue Marx-Lektüre und damit verbunden auch die Auseinandersetzung um die Form des Staates und seiner

9 Gramsci, zitiert nach Stützle (2004), S.7.

10 Poulantzas, zitiert nach Stützle (2004), S. 9.

11 So sind in den letzten Jahren Klassiker marxistischer Staatstheorie neu aufgelegt worden und es sind mehrere Sammelbände und Publikationen zu Fragen materialistischer Staatstheorie erschienen. Siehe Bretthauer/Gallas/Kannakulam/Stützle (2006); Buckel (2007); Buckel/Fischer-Lescano (2007); Hirsch (2005); Hirsch/Kannakulam/Wissel (2008); Kannakulam (2008); Paschukanis (2003); Poulantzas (2002); Salzborn (2009); Wissel/Wöhl (2008).

12 Vgl. Elbe (2007).

13 Einen guten Überblick zu den Diskussionen der neuen Marx-Lektüre bietet Elbe (2008).

Transformationen meist im akademischen Kontext verbleiben und Praxis dabei eher im Sinne von Kritik, Aufklärung und Diskussion verstanden wird, so resultiert aus dem Aktionismus sozialer Bewegungen oftmals ein geringes Interesse an Geschichte und Theorie. An einer ausformulierten Staatstheorie fehlt es den meisten sozialen Bewegungen, neben Fragmenten von Staatstheorie zeigt sich aber implizit in ihrer Praxis und ihren Proklamationen ihr Verständnis von Staatlichkeit.

Vor allem nach den islamistischen Anschlägen des 11. September und dem darauf folgenden „war on terror“ der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten erfahren antiimperialistische Argumentationsmuster in der Antikriegsbewegung und in der globalisierungskritischen Bewegung der Bewegungen ein Revival¹⁴. Einerseits werden klassische antiimperialistische Positionen tragischerweise wieder diskussions- und konsensfähiger, wie die Unterstützung der palästinensischen Intifada und des „irakischen Widerstands“ keineswegs nur durch marginale Fraktionen der globalisierungskritischen Bewegung zeigt¹⁵. Andererseits gibt es auch Bemühungen um eine theoretische Aktualisierung des Antiimperialismus.¹⁶ Weitere wichtige theoretische Referenzen sind in diesem Spektrum sozialer Bewegungen die staats-theoretischen Reflexionen von Gramsci und Poulantzas. Aufgabe sozialer Bewegungen ist es dieser neogramscianischen Argumentation zufolge, die gegenwärtige neoliberale Hegemonie in Frage zu stellen und perspektivisch eine emanzipatorische Gegenhegemonie zu entwickeln¹⁷.

„Auf Grundlage der Gramsci-Rezeption folgen dann Analysen, nach denen die Neue Weltordnung als neoliberale Hegemonie gefasst wird. Dabei wird unterschieden, ob sich diese Weltordnung unter der Führung des transnationalen Kapitals oder unter Vorherrschaft der USA durchsetzt. Seit dem Irakkrieg aber werden die Internationalen Beziehungen auch in Auseinandersetzung mit neogramscianischen Modellen als US-amerikanischer Ne imperialismus beschrieben. (...) viele linke Kritiker der gegenwärtigen Weltordnung tendieren in der Auseinandersetzung mit neogramscianischen Ansätzen oder in direktem Bezug auf Gramscis Hegemoniebegriff für die Revitalisierung des Imperialismusbegriffs.“¹⁸

14 Die globalisierungskritische Bewegung der Bewegung ist sicherlich sehr heterogen und besitzt keine für alle Strömungen repräsentativen Sprecher_innen oder Statuten. Während die linksradikale Fraktion eher durch spektakuläre Kostümierungen wie Pink-Silver oder die weißen Overalls der italienischen Tutta Bianche, massenmilitante Demonstrationen des Black Bloc und Aufsehen erregende Aktionen mediale Aufmerksamkeit erfährt und weniger durch ihre Texte und Erklärungen, so werden in der öffentlichen Debatte stärker die Publikationen und Parolen der moderaten Globalisierungskritik registriert. Diese glänzen jedoch eher durch ihren Pathos: „eine andere Welt ist möglich“ (attac); „Ihre Zeit ist abgelaufen, unsere fängt an“ (Erklärung der Interventionistischen Linken zu den Gipfelprotesten von Heiligendamm 2007) als durch analytische Brillanz. Bei allen Differenzen bzgl. Positionen und Aktionsformen eint die globalisierungskritische Bewegung doch ein diffuser Konsens, der vor allem auf Internationalismus, Anti amerikanismus und Antiimperialismus basiert.

15 Vgl. Grigat (2004), sowie Wolter (2004).

16 Zur Kritik des Antiimperialismus vgl. Holloway (2002), S. 27: „Die Vorstellung gesellschaftlichen Wandels, der auf dem Staat basiert, geht von der Idee aus, dass der Staat souverän ist, oder es sein sollte. Um die Gesellschaft durch den Staat zu verändern, ist dessen Souveränität unbedingt erforderlich, so dass der Kampf um gesellschaftliche Veränderung zum Kampf um die Verteidigung der Staatssouveränität wird. Der Kampf gegen das Kapital wird so zum antiimperialistischen Kampf gegen ausländische Herrschaft, in dem Nationalismus und Anti-Kapitalismus miteinander verschmelzen. Selbstbestimmung und Staatssouveränität werden durcheinandergebracht, obgleich tatsächlich die Existenz des Staates selbst, als Form gesellschaftlicher Verhältnisse, der absolute Gegensatz zur Selbstbestimmung ist.“ Theoretische Aktualisierungen antiimperialistischer Analysen liefern unter anderem Autoren wie Harvey, Panitch und Gindin. Eine gute Einführung zu Imperialismustheorien bietet Heinrich (2006).

17 Vgl. Cox (1993), Brand (2005), darin vor allem Ulrich Brand: Den Staat als soziales Verhältnis denken. Nicos Poulantzas und die Reformulierung kritischer Internationaler Politischer Ökonomie, S.45-62. Eine Einführung in den Neogramscianismus bieten Bieler / Morton (2003). Zur Kritik siehe Schneider (2004) und Minu (2004).

18 Schneider (2004), S. 35-37.

Neoliberale Hegemonie wird demnach meist als Dominanz der USA interpretiert. Verschiedenen gegenüber diesen oppositionell eingestellten Nationalstaaten (wie beispielsweise Venezuela unter Hugo Chavez) und Bewegungen wird so ein gegenhegemoniales Potential zugeschrieben, über deren wenig emanzipatorisches Potential aber meist geschwiegen.

„Gegenhegemonie ist also nicht als Projekt zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse misszuverstehen. Schon das Konzept der Hegemonie untersucht nicht gleichermaßen allgemeine Bedingungen der kapitalistischen Reproduktion (z.B. Grundkategorien wie Arbeit, Kapital, Staat) und Gesetzmäßigkeiten (Wertgesetz) oder ihre spezifische Prägung in kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsformen. (...) Die Antizipation von Gegenhegemonie gliedert sich dann folgerichtig in eine Auseinandersetzung um verschiedene Kapitalismusvarianten und alternative Weltordnungen ein. Kein Wunder, dass auch Europa so zu einem potentiellen Bündnispartner erklärt wird. (...) Die Schiene der gegenwärtigen Hegemonie-Diskussion endet dort, wo derzeit eigentlich die meisten sowieso schon sind: Beim proeuropäischen Antiamerikanismus und in der Affirmation alternativer kapitalistischer Projekte.“¹⁹

Neben direkten Bezügen auf antiimperialistische und hegemonietheoretische Analysen dominieren in der globalisierungskritischen Bewegung häufig personalisierende Interpretationen sowie Vorstellungen vom Staat als Garant des Allgemeinwohls. Die Debatten um bedingungsloses Grundeinkommen, globale Rechte und Bewegungsfreiheit implizieren die Instanz eines transnationalen Souveräns, welcher diese Forderungen durchsetzen und garantieren könnte - und vor allem Bewegungen, die diese Rechte erkämpfen und auch verteidigen können. In gegenhegemonialer Manier sollen diese Forderungen vorrangig Alternativen zur herrschenden staatlichen Vermittlung formulieren und diskutierbar machen, ohne dabei aber den Kontext von Staat und Recht zu verlassen.

„Statt alternative Demokratie- und Rechtsmodelle zu erfinden, sollte eine emanzipative Bewegung vielmehr erkennen, dass sich Herrschaft und Ausbeutung im Kapitalismus nicht primär entgegen Recht und Demokratie sondern innerhalb dieser Formen vollziehen. (...) Zu allererst ist damit die klare Absage an ökonomistische und personalisierende (Staats-)Vorstellungen verbunden: Die eine will den Staat unmittelbar als reines Werkzeug der ökonomisch herrschenden Klasse entlarven – um im Zirkelschluss die „richtige“ Anwendung dieses Instruments fürs „Allgemeinwohl“ zu fordern. Die andere begreift den Zustand der Welt primär als Ergebnis individuellen Fehlverhaltens einzelner Kapitalisten und Politiker, die aus Gier, Korruption oder fehlendem Verantwortungssinn handeln. Spielarten dieser ideologischen Formen reichen vom Anti-Amerikanismus bis hin zum antisemitischen Stereotyp.“²⁰

Angesichts dieser theoretischen Defizite sozialer Bewegungen ist es die Aufgabe einer materialistischen Staatstheorie, anknüpfend an bisherige Theorien die gegenwärtigen Transformationsprozesse von Staatlichkeit adäquat zu analysieren und mit diesen Analysen über den Mikrokosmos von akademischen Instituten und Diskussionszirkeln hinaus stärker in soziale Bewegungen zu intervenieren. Aktuelle Entwicklungen des Staates könnten entgegen der These vom Souveränitätsverlust der Nationalstaaten durch die dämonisierte Globalisierung eher als Restrukturierung und Transformation von Staatlichkeit bezeichnet werden²¹. Angesichts der idealistischen Vorstellung vieler Globalisierungskritiker_innen, der Staat habe dem Allgemeinwohl zu

19 Schneider (2004), S. 39.

20 ... ums Ganze (2007). Zu einer ausführlichen Staatskritik des Bündnisses siehe ...ums Ganze (2009).

21 Hirsch / Jessop / Poulantzas (2001, S.8-9). Zu aktuellen Entwicklungen materialistischer Staatstheorie siehe auch Hirsch (2004).

dienen, woran die herrschenden Staatschef_innen bei den diversen Gipfeltreffen stets erinnert werden, scheint also die Frage nach der Formanalyse des Staates und ihrer „Kritik der Sozialstaatsillusion“ nach wie vor aktuell. Das gilt ebenso für all die Sozialdemokrat_innen (die sich selbst häufig lieber radikale Reformist_innen nennen), die sich anlässlich der gegenwärtigen Krise vom „Staat des Kapitals“ (Agnoli) Verstaatlichung und Umverteilung wünschen, obwohl sie im Gegensatz zu ihren historischen Vorläufer_innen momentan nur über eine sehr bescheidene Organisations- und Verhandlungsmacht verfügen, um solchen Forderungen Relevanz zu verleihen.

Die Kenntnis der verschiedenen materialistischen Staatstheorien ist nach wie vor eine relevante Voraussetzung für eine fundierte Analyse gegenwärtiger kapitalistischer Produktions- und Reproduktionsverhältnisse sowie ihrer staatlichen Vermittlung. Und einer gewissen theoretischen Reflexion über die herrschenden Verhältnisse bedarf es, wollen diese emanzipatorisch verändert oder gar aufgehoben werden. Spontaner Protest war schließlich noch nie ein guter Ratgeber emanzipatorischer Praxis. Vor allem die Thesen der Staatsableitungsdebatte als auch der hegemonietheoretischen Überlegungen bei Gramsci und Poulantzas bieten dafür wichtige Erkenntnisse. Konzentriert sich die Staatsableitungsdebatte vor allem auf die Formanalyse des bürgerlichen Staates, so könnte deren Verknüpfung mit hegemonietheoretischen Ansätzen eine aktuelle Staatstheorie weiterentwickeln.

„Isoliert vom Ansatz einer Formanalyse des Staates bleibt das neo-/gramscianische Paradigma aber unzureichend zur Erfassung der spezifischen Form und Reproduktion bürgerlicher Herrschaft. Eine systematische Verknüpfung beider Theorieebenen bleibt ein Desiderat marxistischer Forschung.“²²

Doch nicht nur die staatskritische Theorieproduktion steht vor neuen Herausforderungen, auch eine staatskritische Praxis muss aus ihren historischen Erfahrungen und Niederlagen lernen. Die kapitalistischen Verhältnisse und ihre staatliche Vermittlung fordern nach wie vor eine emanzipatorische Kritik heraus – und das nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch in Zeiten kapitalistischer Normalität. Denn anstelle dass Arbeitsteilung, technische Innovationen und moderne Transport- und Kommunikationsmittel zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse genutzt werden, dienen sie der permanenten Kapitalakkumulation.

Mit einer emanzipatorischen Überwindung des Kapitals würde auch der „Staat des Kapitals“ und seine Grenzen, Kontrollen etc. obsolet werden. Die Idee einer staaten- und klassenlosen Gesellschaft hat daher nichts an ihrem Reiz verloren. Aber so attraktiv ein postkapitalistischer „Verein freier Menschen“ (Marx)²³ ist, so fern ist seine Realisierung bei der bescheidenen Relevanz einer kapitalismus- und staatskritischen Linken momentan. Weder ein radikaler Reformismus, der den Staat strategisch für emanzipatorische Veränderungen nutzen will, noch dem Staat gegenüber distanzierte autonome Bewegungen haben über kurze historische Phasen hinaus erfolgreich agiert. Diese Erfahrungen gilt es für eine aktuelle staatskritische Praxis zu reflektieren, um nicht frühere Fehler und Illusionen zu wiederholen. Um ein beliebtes Zitat erneut zu strapazieren:

22 Elbe (2006). Vgl. auch Hirsch (2002): „Die Ansätze von Gramsci und Poulantzas können mit den Ergebnissen der Staatsableitung in einiger Hinsicht präzisiert und weiterentwickelt werden. Kurz gesagt, geht es bei Gramsci vor allem um die Analyse hegemonialer Prozesse und das komplexe Verhältnis von Staat und „ziviler“ Gesellschaft. Bei Poulantzas steht die Bestimmung des bürgerlichen Staates als widersprüchliche Form der Institutionalisierung von Klassenbeziehungen im Vordergrund. Beides spielte in der Staatsableitung überhaupt keine Rolle. Poulantzas erlebt heute vielleicht deshalb ein Revival, weil sein Ansatz am ehesten geeignet ist, die Reformismusdebatte genauer zu führen, ohne Reformillusionen zu verfallen.“

23 MEW 23, S. 92.

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach sich die Wirklichkeit zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“²⁴

Eine nach der Aufhebung des jetzigen Zustands strebende staatskritische Bewegung sollte sich also weniger emanzipatorische Veränderungen von staatlichen Akteur_innen erhoffen, sondern realisieren, dass diese nur durch Selbstorganisation und Selbstverwaltung erkämpft werden können. Da die Perspektive einer staaten- und klassenlosen Gesellschaft wie schon gesagt eine schöne, aber auch ferne und ungewisse ist, schadet es deren Freund_innen nicht, sich bis zu deren Aufhebung ein profundes Wissen der aufhebungswürdigen Verhältnisse anzueignen, wozu die materialistische Staatskritik einen wichtigen Beitrag leisten kann. Abschließend darf nicht vergessen werden, dass die Kritik an Staat und Kapital aber auch nicht hinter deren Errungenschaften zurückfallen darf. Die „subjektlose Gewalt“ (Gerstenberger) des Staates beseitigte immerhin persönliche Abhängigkeitsverhältnisse vorkapitalistischer Zeiten. Diese Freiheit muss in einer möglichen künftigen „freien Assoziation freier Individuen“ (Marx) bewahrt werden, sonst hätte sich alle Kritik nicht gelohnt.

IV. Literaturangaben

- Anderson, Perry (1978): Über den Westlichen Marxismus, Frankfurt am Main.
- Anderson, Perry (1979): Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, Berlin.
- Agnoli, Johannes (1995): Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg.
- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg.
- Berger, Axel (2007): Liebling Gramsci, in: Jungle World Nr. 25, 20. 6. 2007, S. 20-21.
- Bieler, Andreas / Morton, Adam David (2003): Neo-Gramscianische Perspektiven, in: Schieder, Siegfried / Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien internationaler Beziehungen, Opladen, S. 337-362.
- Blanke, Bernhard/ Jürgens, Ulrich/ Kastendiek, Hans (1974): Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. Überlegungen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie. In: Prokla 14/ 15, S. 51-102.
- Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien, Hamburg.
- Bretthauer, Lars / Gallas, Alexander / Kannankulam, John / Stütze, Ingo (2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Hamburg.
- Buckel, Sonja (2007): Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts, Weilerswist.
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.) (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden.
- Cox, Robert (1993): Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, in: Gill, Stephen (Ed.): Gramsci, Historical Materialism and International Relations, Cambridge, S.49-66.
- Demirovic, Alex (1987): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung, Hamburg / Berlin.
- Elbe, Ingo (2003) : (K)ein Staat zu machen ...? Die sowjetische Rechts- und Staatsdebatte auf dem Weg zum adjektivischen Sozialismus, http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/elbe_marxismus_und_recht.shtml
- Elbe, Ingo (2006): Thesen zu Staat und Hegemonie in der Linie Gramsci – Poulantzas. http://www.rote-ruhr-uni.com/texte/elbe_staat_hegemonie.shtml.
- Elbe, Ingo (2007): Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen. Lesarten der Marxschen Theorie, <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/Zwischen-Marx-Marxismus->

24 MEW 3, S. 35.

[und.html](#)

- Elbe, Ingo (2008): Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965, Berlin.
- Gerstenberger, Heide (1997): Die subjektlose Gewalt. Zu Wesen und Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt.
- Gerstenberger, Heide (2006): Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt, Münster.
- Gerstenberger, Heide (2007): Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft Nr. 147, Juni 2007, S. 173-197.
- Gerstenberger, Heide (2008): Staatsgewalt im globalen Kapitalismus, in: grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie und Debatte Nr. 27, 2008, S. 8-17.
- Gramsci, Antonio (1991 ff): Gefängnishefte, Hamburg.
- Grigat, Stephan (2004): Der Hass der Antiglobalisierungsbewegung auf Israel – eine Kritik der No-Globals und ihrer Kritiker, in: Asta der Geschwister-Scholl-Universität München (Hrsg.): Spiel ohne Grenzen. Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung, Berlin, S. 2295-319.
- Gruber, Alex / Ofenbauer, Tobias (2003): Der Wert des Souveräns. Zur Staatskritik von Eugen Paschukanis, in: Paschukanis, Eugen (2003): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg, S. 7-30.
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie, in: Schindler, Siegfried, Spindler, Manuela (Hrsg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen, S. 279-309.
- Heinrich, Michael (2004): Staat und Kapital. In: ders., Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Stuttgart, S. 193-216.
- Hirsch, Joachim / Jesop, Bob / Poulantzas, Nicos (2001): Die Zukunft des Staates, Hamburg.
- Hirsch, Joachim (2002): Tote Hunde wecken. Interview mit Joachim Hirsch, in: arranca Nr. 24, Sommer 2002, S. 20-23.
- Hirsch, Joachim (2004): Globalisierung und Internationalisierung des Staates – eine Herausforderung für die materialistische Staatstheorie, in: Kirchhoff, Christine / Meyer, Lars u.a. (Hrsg.): Gesellschaft als Verkehrung. Perspektiven einer neuen Marx-Lektüre, Freiburg, S.291-315.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Weltsystems, Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John/Wissel, Jens (Hrsg.) (2008): Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx, Baden-Baden.
- Holloway, John / Piciotto, Sol (1978): State and Capital. A Marxist Debate, London.
- Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
- Kannankulam, John (2008): Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas, Hamburg.
- Lenin, Wladimir I. (1970): Staat und Revolution, Berlin.
- Marx, Karl (1972): Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie. Band 1 (MEW 23), Berlin.
- Marx, Karl (1973): Das Kapital. Zur Kritik der politischen Ökonomie. Band 3 (MEW 25), Berlin.
- Minu, Aurelie (2004): „Good Bye, Gramsci!“ Wie den No-Globals ihr Tafelsilber genommen wird, in: Phase 2 Nr. 12, Juni 2004, S. 57-60.
- Paschukanis, Eugen (2003): Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe, Freiburg (Erstmals auf deutsch erschienen 1929).
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie, Hamburg (Erstmals auf deutsch erschienen 1978).
- Salzborn, Samuel (Hrsg.) (2009): Kritische Theorie des Staates. Staat und Recht bei Franz L. Neumann, Baden-Baden.
- Schneider, Udo (2004): Hello Gramsci. Über Sinn und Unsinn des Hegemoniebegriffs für die Kritik der neuen Weltordnung, in: Phase 2. 13, September 2004, S.35-39.
- Stützle, Ingo (2003): Staatstheorien oder „BeckenrandschwimmerInnen der Welt, vereinigt Euch!“ In: grundrisse. zeitschrift für linke theorie & debatte Nr. 6, 2003, S. 27-38.

<http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse06/6staatstheorien.htm>.

Stütze, Ingo (2004): Von Stellungs- und Bewegungskriegen – Kämpfe in und um den Staat. Eine Einführung in die materialistische Staatstheorie. In: Fantomas. magazin für linke debatte und praxis Nr. 5, 2004, S. 7-11.

... ums Ganze! (2007): smash capitalism. fight the g8 summit, <http://top-berlin.net/?p=3>.

... ums Ganze! (2009): Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit.

Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2008): Staatstheorien vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik, Münster.

Wolter, Udo (2004): Zur Kritik des postkolonialen Antiimperialismus, in: : Asta der Geschwister-Scholl-Universität München (Hrsg.): Spiel ohne Grenzen. Zu- und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung, Berlin, S. 191-229.